

Untaugliche Sprachbücher

Umfrage bei Zürcher Lehrpersonen

ZÜRICH Zürcher Lehrer geben den Sprachlehrmitteln schlechte Noten. Wie eine Umfrage unter 1139 Lehrpersonen über die gut 60 obligatorischen Lehrmittel zeigt, gelten als besonders untauglich: «First choice» für Englisch auf der Unterstufe, «Sprachwelt Deutsch» für die Sekstufe A und «Envol» für Französisch in der Sek B.

Insgesamt schnitten zehn Bücher ungenügend ab; sechs davon stark. Für das tiefste Niveau, die Sek C, gebe es «sogar fast keine gut geeigneten Lehrmittel», bilanziert der Zürcher Lehrerverband ZLV, der die Umfrage mit dem Sekundarlehrrerverein SekZH durchgeführt hat. Auffallend sei, dass sich auch ganz neue Sprachlehrmittel als nicht praxistauglich erwiesen. Kritisiert werden zum Beispiel Aufbau und Eignung für selbstständiges Arbeiten.

Ebenfalls schlecht beurteilt wurden einzelne Lehrmittel für Geschichte, Physik, Geometrie und die Schweiz.

«Wir fordern, dass Lehrmittel künftig in Zusammenarbeit mit der Praxis entwickelt werden», sagt ZLV-Präsidentin Lilo Lätzsch. Zudem müsse deren Wirksamkeit wissenschaftlich überprüft werden können. Auch der Lehrerdachverband LCH fordert eine neue Lehrmittelpolitik mit unabhängigen Lehrmittelagenturen in den Sprachregionen. NICOLE MEIER

Glaubenskrieg um die freie Schulwahl

OECD-Studie zeigt: Sie würde Entfaltung der Kinder begünstigen

VON NICOLE MEIER

ZÜRICH Schüler erzielen bessere Leistungen in Ländern mit freier Schulwahl. Und wo Eltern die Schule selbst wählen können, hat die soziale Herkunft der Kinder weniger Einfluss auf ihren Schulerfolg. Dies geht aus einer unveröffentlichten Studie der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hervor.

Die Autoren haben die Daten von über 180 000 Schülern aus 27 Ländern anhand der Pisa-Resultate von 2003 analysiert und Ende 2007 zusammengefasst – es ist die aktuellste und umfassendste Studie über freie Schulwahl, Autonomie und Leistungsmessung von Schulen.

«Die Chancengleichheit wächst vor allem dort, wo ein hoher Anteil staatlicher Gelder in private Schulen fliesst», sagt Koautorin Gabriela Schütz von der Universität München. Sie ist überzeugt: Mehr Wettbewerb führt zu mehr Druck auf öffentliche Schulen und damit zu motivierteren Lehrkräften und Schulleitungen – «davon profitieren auch Schüler aus sozial schwachen Milieus». Solche Worte hört man in der

Schweiz nicht überall gern. Seit die Elternlobby in elf Kantonen Initiativen für die freie Schulwahl vorbereitet (siehe Kasten), wird darüber ein Glaubenskrieg geführt.

Zu den Kritikern zählt ein Grossteil der Lehrerschaft. Auch die neuen OECD-Befunde überzeugen Lehrerverbandspräsident Beat W. Zemp nicht: Schüler mit tiefem sozioökonomischem Status würden trotzdem weniger stark profitieren als solche mit einem hohen, sagt er.

Zemp verweist auf eine Studie des Zürcher Pädagogikprofessors Jürgen Oelkers – die einzige aktuelle Arbeit, die bisher in der De-

batte zitiert wurde. Oelkers, der im Auftrag der Berner Erziehungsdirektion forschte, kommt zum Schluss: Mit der freien Schulwahl werden privilegierte und benachteiligte Kinder getrennt.

OECD empfiehlt, auf soziale Durchmischung zu achten

Dem widerspricht Stefan C. Wolter, Professor für Bildungsökonomie und Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung: «Im heutigen Schulsystem haben wir die perfekte soziale Trennung – einzig der Wohnort entscheidet über das Schulhaus und verhindert so, dass

Kinder in eine andere Schule können, die vielleicht mehr aus ihnen herausholen könnte.»

Die Autoren der OECD-Studie betonen, es brauche staatliche Kontrolle, damit sich keine Eliteschulen bilden. Schütz: «In Frage kommen etwa zentrale Abschlussprüfungen und Aufsichtsbehörden.» Ein aktueller Sonderbericht der OECD zur Chancengleichheit empfiehlt den Schulen, auf soziale Durchmischung zu achten.

Für die Präsidentin der Elternlobby, Pia Amacher, ist klar: «Es ist ungerecht, dass ein Kind nicht an die Schule darf, an der es sich am besten entfalten kann.» Von den kantonalen Erziehungsdirektoren bekommt sie keine Unterstützung. Regine Aeppli (SP) aus Zürich prophezeit den «Anfang des Zweiklassensystems», falls die zusätzlichen Kosten zu Lasten der öffentlichen Schule gingen.

Bedenken hat auch der Aargauer Bildungsdirektor Rainer Huber (CVP): Wenn mehr Wettbewerb zu grösserer Vielfalt führen soll, dann würde dies auch bedeuten, dass es mehr schlechte Schulen gebe, sagt er. «Wir können es uns aber nicht leisten, schlechte Schulen zu haben.»

INITIATIVEN IN VORBEREITUNG

In elf Kantonen bereitet die **Elternlobby** derzeit Initiativen zur freien Schulwahl vor: Aargau, Appenzell Ausserrhodens, Basel-Stadt, Genf, Luzern, St. Gallen, Solothurn, Thurgau, Waadt und Zürich. Im Kanton Basel-Landschaft kommt die Volksinitiative **«Ja, Bildungsvielfalt für alle»** voraussichtlich Ende Sep-

tember zur Abstimmung. Weitere Kantone sollen folgen. Die Initiative sieht vor, dass Eltern **frei entscheiden** können, in welche **Volks- oder Privatschule** sie ihr Kind schicken. Die **Kosten übernimmt der Staat**, sofern die Schulen **alle Kinder**, unabhängig von Nationalität und Religion, aufnehmen.

DE WECK

Irland und Uri

Der Publizist Roger de Weck über die EU-Krise

Man stelle sich vor, die 26 Schweizer Kantone müssten einstimmig alle wichtigen Entscheide treffen. Würde Uri sein Veto einlegen, ginge die Vorlage «bachab». Die Eidgenossenschaft stünde still.

Die EU zählt 27 Mitglieder, und eines, Irland, zwingt den 26 übrigen seinen Willen auf. Auf die Dauer geht das nicht.

Deshalb sah die EU-Reform Mehrheitsentscheide vor (mit Ausnahme der Aussen-, Sozial- und Steuerpolitik): Ein Beschluss erfordere die Zustimmung von 55 Prozent der Mitgliedsländer, die zwei Drittel der EU-Bevölkerung ausmachen müssen. Auch stärkte der neue EU-Vertrag das Europäische Parlament und ermöglichte Bürgerbegehren, wenn eine Million EU-Bürger (von 493 Millionen) Unterschrift leistet.

Doch die Iren haben jetzt auf demokratische Weise mehr Demokratie in der EU abgelehnt. Was ist der tiefere Grund, abgesehen davon, dass EU-Europäer ebenso gern auf Brüssel schimpfen wie die Schweizer auf Bern? Hinter dem Nein Irlands, das dank seinem EU-Beitritt vom Armenhaus zum reichen Land gedieh, steht ein Widerspruch der europäischen Einigung.

Die EU ist in vieler Hinsicht noch ein Staatenbund: Nationale Regierungen verhandeln miteinander, und über die heiklen Kompromisse debattieren dann die nationalen Parlamente – ohne Spielraum, denn ein Kompromisspaket lässt sich schwerlich aufschneiden. Dieses Vorgehen wird als undemokratisch empfunden.

Die demokratischere Alternative zum Staatenbund wäre ein europäischer Bundesstaat mit dem EU-Parlament als Gesetzgeber und einer europäischen Regierung. Aber die Kritiker der EU, die mehr Demokratie fordern, verteufeln einen solchen «Superstaat». Sie verlangen ein demokratischeres Europa und wollen auf keinen Fall die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das sorgt über Irland hinaus für Krisen und Frust, wenn viele Europäer die EU als bürgerfern wahrnehmen, gleichzeitig die bürgernähere Variante ablehnen – und trotzdem die europäische Einigung für unerlässlich halten. Der Ausweg? Länder, die rascher voran wollen, werden sich zu einem «Kerneuropa» verbinden: zu einer bundesstaatlichen EU in der EU.

Wie immer werden die anderen folgen, mit einer Anstandsfrist. Die skeptischen Briten vollziehen alles nach, was die EU beschliesst – im Schnitt gut 15 Jahre später. In der Schweiz darf es natürlich «äs bitzeli meh sii».

«Jesus ist das Highlight»

An einem Fest von Freikirchlern in Thun wurden Geschenke für Gottes Sohn gesammelt



Gaben im Thuner Lachenstadion, Daniela Eberle (r., mit Banner): Die Frau will von einer normalerweise tödlichen Krankheit geheilt worden sein



FOTOS: SEVERIN NOWACKI

THUN Daniela Eberle hält ein riesiges buntes Banner in die Höhe: «Jesus, ich vertraue auf Dich.» Jesus habe sie vor 22 Jahren von einer eigentlich tödlichen Krankheit geheilt, sagt Eberle: «In nur einer Sekunde!» «Halleluja!», ruft die Frau zu ihrer Linken und schwenkt ein gelbes herzförmiges Kartonschild: «Jesus.»

«Jesus ist das Highlight», sagt Erich Reber, der das gestrige Jesusfest in Thun initiiert hat. Mehrere

Tausend Christen sind zu Rebers Openair-Event gereist: Freikirchler aus dem Kanton Bern vor allem, aber auch Reformierte und, wie Eberle, Katholiken.

Für einmal, so Reber, gehe es nicht darum, Jesus um etwas zu bitten, sondern ihn zu feiern – und zu beschenken. Zu diesem Zweck stehen vor dem Thuner Lachenstadion Holzpaletten, auf denen die Jesusfest-Teilnehmer ihre Geschenke abladen können:

Sonnenblumenöl und Küchenmixer, Schraubenzieher und Stofftiere, manche adressiert an «Jesus, Himmel». Die Paletten werden dann in einen Sattelschlepper mit moldawischen Kennzeichen verladen: «Für Bedürftige im Ostblock», erklärt Reber.

Der 48-Jährige leitet die «Gemeinde Seestrasse» in Thun und ist eine der umtriebigen Figuren unter den Schweizer Freikirchlern. Das Jesusfest sei die Frucht

einer «Vision, die ich empfang». Mit Hilfe des Vereins Frisches Wasser Thun konnte die 100 000 Franken teure Party organisiert werden.

Im Lachenstadion, wegen der FC-Thun-Sexaffäre zwischenzeitlich in Verruf geraten, wird viel gesungen und getanzt. Wie Daniela Eberle haben Gläubige Banner mitgebracht, die sie im Takt einer Blaskapelle hin und her schwenken. Reber moderiert die Darbie-

tungen: «Noch ein Stück, Jesus will noch eins.»

Am Nachmittag beten die Gläubigen dann für die fünf Soldaten, die am Donnerstag knapp zehn Kilometer vom Lachenstadion entfernt in der Kander ertrunken sind. Ein solcher Unfall stimme nachdenklich, sagt Reber am Rand des Fests, «aber es wäre falsch, das Jesus in die Schuhe zu schieben».

SEBASTIAN RAMSPECK